

Gesellschaft

Spektrum

ZUSAMMENGESTELLT VON
JOHANNES THOMAS

Plan Borloo: Milliarden für den „sozialen Zusammenhalt“

Nach den verheerenden Niederlagen bei den Regional- und Europawahlen hatte die Regierung Raffarin eine sozialpolitische Wende angekündigt. Während ansonsten in Europa vor allem im sozialen Bereich Einschnitte und Einsparungen auf der Tagesordnung stehen, löst Paris nun dieses Versprechen tatsächlich zumindest ansatzweise ein: Sozialminister Jean-Louis Borloo hat ein auf fünf Jahre angelegtes und mit 12,5 Milliarden Euro dotiertes sozialpolitisches Investitionsprogramm vorgestellt.

Im Vordergrund steht die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit. Nach dem Vorbild der britischen „job center“ werden 300 „Beschäftigungshäuser“ eingerichtet, in denen Vertreter des Zentralstaats, der Regionen, der Unternehmen und Verbände gemeinsam Arbeitssuchenden weiterhelfen sollen. Zur Linderung der Jugendarbeitslosigkeit, die in den so genannten „sensiblen Vierteln“ bei 50 Prozent liegt, wurden eine Reihe weiterer Maß-

nahmen ins Auge gefasst. Nachdem sich der Versuch der sozialistischen Vorgängerregierung, Jugendliche im öffentlichen Dienst vorübergehend und ohne Hoffnung auf eine Dauerstelle unterzubringen, als wirkungslose Kosmetik der Statistiken erwiesen hatte, sollen nun 250 000 zusätzliche Stellen in Behörden geschaffen werden. Neben diesen und weiteren Maßnahmen im öffentlichen Dienst strebt die Regierung mit Hilfe staatlicher Subventionen die Schaffung von 350 000 Lehrstellen direkt in der Wirtschaft an. Außerdem ist geplant, 350 000 Jugendliche durch eine Ausbildung in Unternehmen und zugleich in Berufsschulen weiter zu qualifizieren. Mit diesen Maßnahmen könnten die derzeit 800 000 arbeitslosen Jugendlichen ohne Ausbildung an den Arbeitsmarkt herangeführt werden. Daneben sind eine Million „Zukunftsverträge“ für Langzeitarbeitslose in Planung. Ihnen werden Verträge von 26 bis 35 Stunden pro Woche angeboten, die nach dem Mindeststundenlohn honoriert werden und eine obligatorische Weiterbildung einschließen.

Gleichzeitig will die Regierung die Jugendlichen, insbesondere diejenigen aus den „sensiblen Vierteln“, stärker als bisher schon in den Schulen fördern. So wurde die Einrichtung von 750 Teams vorgesehen, die Schüler mit Schwierigkeiten frühzeitig beraten und orientieren können.

Schließlich werden die Wohnbedingungen der besonders Bedürftigen verbessert. Verwahrloste und heruntergekommene Sozialwohnungsbauten sollen abgerissen und im Laufe der nächsten Jahre durch 500 000 neue Sozialwohnungen ersetzt werden.

Mit diesem Maßnahmenbündel wird der PS, der schon durch seine Spaltung in der europäischen Verfassungsfrage geschwächt ist, weiter in die Defensive gedrängt. Denn dem 20 Unterprogramme umfassenden Maßnahmenkatalog der Rechten hat die Linke kein Projekt vergleichbaren Ausmaßes entgegensetzen.